

DER TAGESSPIEGEL

Kontrolle ist gut, Vertrauen ist besser

Alles unter Kontrolle. Eine der beliebtesten Beruhigungsformeln besteht aus drei Wörtern - und aus zwei beunruhigenden Irrtümern. Der eine ist die Annahme, da hätte jemand Verantwortung übernommen. Aber da ist kein Jemand, sondern ein anonymes Versprechen. Ebenso groß der Irrtum, das pauschale „Alles“ hinzunehmen. Nie, nicht mal beim Kuchenbacken, kontrollieren Leute alles. Situationen und Analysen verändern sich, durch Zufälle, Einfälle, Unfälle, neue Erkenntnisse, neue Daten, neue Erfahrungen.

In China ist eine Epidemie ausgebrochen, ein Virus greift die Atmungsorgane an, verbreitet sich schnell und kann auch letal



Haben autoritäre Regime Epidemien besser im Griff?

VON CAROLINE FETSCHER

sein. Jetzt ergreift der Staat Maßnahmen, wie sie nur in autoritären Systemen möglich sind: Reiseverbote, Ausgangssperren, Mundschutzgebot, Millionen Menschen in Massenquarantäne: „Sowas geht nur dort! Die Chinesen haben das im Griff!“ Leute in westlich demokratischen Staaten ertappen sich staunend beim Bewundern von so viel staatlicher Konsequenz und Kompetenz. Also, da zeige sich doch mal der Vorteil von Autokratie.

Wirklich? Ist das bewundernde Staunen nicht vielmehr das Symptom einer anderen, einer politischen Pandemie, die mit Globalisierung und Digitalisierung weltweit ausgebrochen ist? In vielen Varianten reicht sie von Brasilien über die Philippinen bis Ungarn bis, aktuell akut, zum kleinen Freistaat Thüringen: Eine Pandemie der Sehnsucht nach der Geltung der Formel: „Alles unter Kontrolle“. So gibt die Epidemie im autoritären Staat ein Stück weit den Blick auf die Pandemie des Autoritarismus frei. Alles im Griff zu haben, Viren, das Klima, Migrationsbewegungen, das ist der Traum.

Autoritäre Realität sieht freilich anders aus. Auf wackligen Videoaufnahmen, die via Internet nach außen dringen, ist zu sehen, was Chinas staatlich kontrollierte Nachrichten ausblenden: Notstand in Kliniken wegen des Coronavirus, Desorganisation, Hamsterkäufe, Verschwörungstheorien, Ratlosigkeit.

Ein Arzt, Li Wenliang, der vor der Epidemie gewarnt hatte, blieb offenbar ungehört, wurde Ende letzten Jahres wegen „Panikmache“ ermahnt, erkrankte schwer und starb nun am 6. Februar im städtischen Krankenhaus von Wuhan. Weitere Medizinern sollen wegen „Gerüchte-Verbreitung“ sanktioniert worden sein. Erst allmählich sorgen Behörden für mehr Transparenz.

„Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“, dieses Leitmotiv wird Lenin zugeschrieben, da es so passgenau die Position autoritärer Regime umfasst. Tatsächlich ist Vertrauen besser, da es auf die Verantwortung von Individuen setzt. Vorbedingungen für die Wirkmacht von Vertrauen sind Wissen, Bildung und der freie Austausch von Informationen und Meinungen, daher garantieren allein demokratische Rechtsstaaten die Basis für deliberative Prozesse, für freie Diskussion, für das Primat der Vernunft gegenüber Ideologie.

Bereits das Wort Einparteiensystem ist ein Widerspruch in sich. Das lateinische Wort „pars“ bedeutet Teil. Eine Partei ist nur ein Teil einer Großgruppe, in der sich politische Entwürfe und Deutungen im offenen Wettstreit befinden. Überzeugt von der Tragfähigkeit der offenen Gesellschaft hatte Norwegens Regierungschef Jens Stoltenberg 2011 nach dem Massaker auf der Insel Utøya erklärt: „Unsere Antwort wird mehr Demokratie sein, mehr Offenheit und mehr Menschlichkeit. Aber nie Naivität.“ Kein autoritäres System der Welt wäre so solcher Größe fähig, denn die Logik der Autorität baut auf Angst, nicht auf Öffnung.

Zur offenen Gesellschaft aber gehört nicht nur ein hoher, aufklärter Bildungsstand der breiten Bevölkerung, sondern auch die Möglichkeit, auf dessen Grundlage an der Gesellschaft teilzuhaben, aktiv, fragend, verantwortlich.

Demokratische Bildung sollte dafür sorgen, dass informierte Individuen und Gruppen Chancen wie Risiken abwägen, angstfrei und beweglich denken können, Affekte einschätzen und legitime Interessen geltend machen. Wo das nicht passiert, hat ganz offenbar demokratische Bildungspolitik versagt. Da breitet sich das Virus von Thüringen aus. Es ist fataler, als das grassierende Coronavirus.



Schlachtfeld der Geschlechter

Männer und Frauen wählen zusehends unterschiedlich. Was ist da eigentlich los?

VON MICHAEL BRÖNING

Männer und Frauen sind gleichberechtigt“, verkündet das Deutsche Grundgesetz. Auch die europäische Grundrechtecharta unterstreicht „die Gleichheit von Frauen und Männern in allen Bereichen“. Doch gleichberechtigt heißt noch lange nicht gleich. Tatsächlich machen Männer und Frauen von ihren Rechten unterschiedlich Gebrauch - nicht zuletzt in der Politik. Während sich die öffentliche Debatte derzeit vorwiegend mit der geringen Zahl von Frauen in Parlamenten beschäftigt, bleibt unterbelichtet, dass in vielen westlichen Staaten die Unterschiede im Wahlverhalten von Männern und Frauen wachsen.

Von ökonomischen Fragen verschiebt sich die Debatte in Richtung Identitätspolitik

Am deutlichsten wird dies gerade in den USA. Bei den anstehenden Präsidentschaftswahlen gehen Meinungsforscher von einem sogenannten „Gender Gap“ von 25 Prozent in der Stimmabgabe für Demokraten oder Republikaner aus. Angesichts der frauenfeindlichen Tiraden des US-Präsidenten mag dies kaum überraschen. Doch auch in Australien liegt der politische kleine Unterschied derzeit bei zehn Prozent, im Vereinigten Königreich bei 12 und in Neuseeland umfragen zufolge gar bei 16 Prozent. Damit aber hat sich die Genderidentität mittlerweile fast gleichberechtigt neben andere wahlentscheidende Faktoren wie Alter oder Wohnort gestellt.

Noch 2006 betrug der Wahlunterschied zwischen Männern und Frauen in den US-Kongresswahlen lediglich vier Prozent, während neuseeländische Wahlforscher noch 2011 nur begrenzte Abweichungen feststellen konnten. Im Vereinigten Königreich lag der Gender Gap ein Jahr zuvor gar bei null. Man muss ein halbes Jahrhundert zurückgehen, um auf vergleichbar deutliche Unterschiede zu stoßen.

Getragen wird der aktuelle Trend besonders von jungen Menschen, wie zuletzt in Kanada deutlich wurde. In den Wahlen des vergangenen Jahres sicherte sich der bekennende Feminist Justin Trudeau seine Wiederwahl. Seine Liberale Partei wurde von Männern und Frauen annähernd gleich unterstützt. Die Polarisierung zwischen den Ge-

schlechtern trat an den Rändern in Erscheinung. Dort neigten junge Frauen in großen Teilen zu den Grünen und den linken Sozialdemokraten, während junge Männer eher die Konservativen unterstützten. Bezogen auf die Linken betrug der Unterschied stattdessen 11 Prozent. Wahlanalysen zufolge machten junge Männer ihre Stimmenabgabe dabei viel stärker als junge Frauen von der Steuerpolitik und Wirtschaftsfragen abhängig. Frauen dagegen ließen sich von den Themen Gesundheitssystem, Klimaschutz und Bildung leiten. Diese Hinwendung von Frauen zu linken und ökologische Parteien ist auch historisch ein langfristiger Trend.

Anfang des 20. Jahrhunderts diente die Unterstellung, Frauen würden grundsätzlich anders wählen als Männer, den Gegnern der Gleichberechtigung als ideologische Munition. Nicht zuletzt konservative Kreise fürchteten vielerorts den Verlust von Privilegien durch das Frauenwahlrecht. Nach dem Sieg der Frauenrechtlerinnen jedoch blieb die Revolution an den Wählurnen zunächst aus. Ein monolithischer Block von Frauenstimmen existierte offensichtlich nur in der Fantasie männlicher Chauvinisten, nicht aber in der politischen Wirklichkeit. Und schon gar nicht traten Frauen als leicht zu verführende Revoluzzerinnen in Erscheinung.

Wählerinnen neigten vielmehr eher in Richtung konservativ - und zwar quer durch die Gesellschaften. Dieser als „traditioneller Gender Gap“ bezeichnete Umstand ist aus der Lebenswirklichkeit der Zeit erklärlich. Im Durchschnitt hatten Frauen eine niedrigere Erwerbsquote, standen den Kirchen näher und hatten allzu häufig nur Zugang zu kürzeren Bildungswegen. Die Neigung endete erst in den 1980er Jahren im Zuge eines Wertewandels, der auch die Bindungskraft politischer Parteien abschwächte. Überspitzt formuliert, entdeckten viele Frauen die Linke - ein Trend, den Forscher als „modernen Gender Gap“ bezeichnen.

Zu den Ursachen hat die Politikwissenschaft bislang kaum eindeutige Erkenntnisse. Nicht nur weil Generalisierungen mit Vorsicht zu genießen sind, sondern auch weil der Trend nicht global einheitlich verläuft. So scheint der moderne Gender Gap etwa in Indien, der größten Demokratie der Welt, kaum in Erscheinung zu treten. Dort belief sich der parteipolitische Unterschied zwischen den Geschlechtern in den letzten beiden zurückliegenden Wahlen auf gerade mal drei Prozent - und auch das nur bezogen auf eine einzige Partei. Angesichts der Diskriminierung von Frauen auf dem Subkontinent

scheint das zunächst paradox. Weshalb fällt der Gender Gap in Auckland und Vancouver stärker aus als in Neu-Delhi und Mumbai?

Plausibel scheint die Erklärung, dass Geschlechteridentitäten in dem Maße wahlrelevant werden, in dem identitätspolitische Fragen die Debatte bestimmen. Denn dabei treten traditionelle Bruchlinien wie Klasse oder Einkommen in den Hintergrund. „Für die moderne Geschlechterlücke“, meint etwa die Luzerner Politikwissenschaftlerin Gesine Fuchs, „sind Unterschiede in den Wertorientierungen wichtiger, insbesondere zu postmaterialistischen Einstellungen und Forderungen der Frauenbewegung.“

Genau diese Entwicklung aber gleicht einem Großtrend in westlichen Demokratien. So diagnostiziert etwa der Politikwissenschaftler Francis Fukuyama eine fundamentale „Reorientierung der politischen Polarisierungsachse“ mit massiven Auswirkungen auf demokratische Systeme. Während Politik im 20. Jahrhundert durch den Gegensatz zwischen links und rechts ökonomisch definiert wurde, verschiebe sich diese Achse nun in Richtung Identitätspolitik. Dieser Prozess sei umso ausgeprägter, je mehr sich Gruppen ihrer Marginalisierung bewusst würden. Das nicht zuletzt, weil die Polarisierung entlang der Trennlinie zwischen den Geschlechtern von Trump, Bolsonaro & Co bewusst befeuert wird. In der Konsequenz, so etwa Tho-

Eine Ausnahme vom allgemeinen Trend macht nur Indien, die größte Demokratie der Welt

mas B. Edsall, Kolumnist der „New York Times“, entwickelten sich Wahlen zu „sexualisierten Schlachtfeldern“.

Dieser Befund mag übertrieben sein, doch für die Stabilität der Demokratie ist diese Entwicklung zweischneidig. Dass gesellschaftliche Gruppen ihre Interessen fokussiert formulieren ist sicher kein Manko. Problematisch ist der wachsende Gender Gap allerdings für Parteien, die vom Anspruch her breite Bevölkerungsschichten ansprechen wollen. So stehen insbesondere die Volksparteien vor der Aufgabe, überzeugende politische Antworten zu formulieren, damit der Grundsatz des Grundgesetzes auch in Zukunft Bestand hat.

— Der Autor leitet das Referat Internationale Politikanalyse der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Ärztlemangel Ausgegrenzt

Die Berliner Gesundheitsämter suchen, Mecklenburger Kliniken auch, am dringendsten aber brauchen Brandenburger Landkrankenhäuser neue Ärzte. Brandenburger Kliniken kooperieren deshalb mit polnischen Hochschulen: Deutsche Studenten absolvieren im Nachbarland ein englischsprachiges Studium und werden danach umgehend an deutschen Kliniken angestellt. Das Studium in Polen ist dem in Deutschland ebenbürtig, ohne polnische Ärzte und deutsche Mediziner, die in Polen studierten, wären manche Kommunen ärztrefrei.

Trotzdem legen deutsche Ministerialbeamte eine 2019 novellierte EU-Vorschrift nun so aus, dass bald Hunderte, in Polen ausgebildete Bundesbürger in Deutschland nicht mehr als Arzt zugelassen werden. Die Vorschrift wird so gelesen: Ein Studium in Land A wird nur anerkannt, wenn es genauso absolviert wurde, wie im Land A üblich. Ergo sollen deutsche Ärzte Zertifikate in polnischem Recht erwerben - so wie es polnische Mediziner tun müssen. Wozu? Keine Klinik, kein Gemeinderat will die deutsche Auslegungstreue. Die polnische Regierung erklärte schon vor Monaten, die Zertifikate seien nur für die Praxis in Polen nötig. Norwegen beispielsweise gibt sich damit zufrieden und lässt seine in Polen ausgebildeten Ärzte sofort in die Praxis. Herr Spahn, sprechen Sie ein Machtwort! hah

— Seite 10

\*\*\*

Huawei-Debatte Augenmaß

Darf Huawei am Aufbau der 5G-Mobilfunknetze beteiligt werden? Seit Monaten streitet die Bundesregierung darum, heute will sich die Union endlich einigen und morgen ihre Position beschließen. Ein klares Ja oder Nein wird es dabei immer noch nicht geben, um die Details der Ja-aber-Kompromissformel wird dennoch gerungen. Als Beispiel sollte man sich Großbritannien nehmen, das Huawei mit Einschränkungen zugelassen hat.

Obwohl Boris Johnson nach dem Brexit so intensiv wie nie auf die andere Seite des Atlantiks schaut, hat auch er nicht auf Trumps Wunsch gehört, die Chinesen auszuschließen. Wenn selbst die britischen Spionageexperten das Risiko für kalkulierbar halten, sollte Deutschland sich anschließen und keinen Pauschal-Ausschluss befürworten. Letztlich kann Europa aus der Debatte lernen, wie wichtig es ist, eigenes Knowhow zu behalten. Denn Huawei ist längst nicht nur wegen subventionierter Dumpingpreise als Zulieferer gefragt. So hatte die Telekom Nokia zuletzt als Ausrüster für ihre Funknetze europaweit fallen lassen: Die Finnen hatten die schlechtesten Leistungen gezeigt. Am Ende müssen die Antennen nicht nur sicher sein, sondern auch zuverlässig. ov

— Seite 13

ANZEIGE

NEU



Wenn gute Pflege teuer ist



Die Angehörigenpflege

Versandkostenfrei bestellen: shop.tagesspiegel.de · Bestellhotline: (030) 290 21-520  
12,80 € | 9,80 € für Abonnenten  
Auch als E-Magazin erhältlich.